

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **6 (1926-1927)**

Heft 8

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

religiös=politischen Einstellung heraus nicht zugeben könnte, daß es auf der Erde noch etwas anderes als die drei alten Weltteile gäbe, und der sich dabei auf die „geschichtliche Tatsache“ versteifen wollte, auch Kolumbus habe das neuentdeckte Amerika für die Küste Italiens gehalten.

6.

Wie aber aller Streit darüber samt der Hilfs-hypothese, mit welcher der Entdecker seinen eigenen Fund in sein bisheriges geographisches Weltbild einzugliedern suchte, weifenlos wird vor der ungeheuren und in ihren Folgen umwälzenden Tatsache des tatsächlich Entdeckten, so wird es Zeit, sich über dieser lächerlichen und leidigen Polemik Bäumlers der Wichtigkeit und Unvergleichlichkeit des Bachofen'schen Schatzfundes zu erinnern, nach dem im Grunde alle Romantiker auf der Suche waren und sind. Denn der Umstand, daß der religiöse und metaphysische Gehalt der Bachofen'schen Schriften rund zwei Menschenalter nach ihrer Abfassung in seiner vollen Leuchtkraft neu zu Tage kam, kann uns als Zeugnis dafür gelten, daß die deutsche Romantik nicht eine vergessene, im Museum der Geschichte aufgehobene Geistesepoche ist, sondern ein ununterbrochen, wenn auch gelegentlich unterirdisch fortwallender Strom, an dessen „Wasser des Lebens“ vielleicht wirklich noch einmal das deutsche Wesen und damit die Welt, nämlich die Religion, die Philosophie und die Wissenschaften genesen könnten. Nur gilt es in einer so unechten und instinktchwachen Epoche, wie der unsern, darüber zu wachen, daß die Wasser dieses Stromes nicht unversehens — vergiftet werden.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Kommission für Auswärtiges. — Für und wider das Getreidemonopol.

Der Nationalrat hat soeben in seiner Herbstsession den Antrag auf Schaffung einer parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten mit 69 gegen 67 Stimmen verworfen. Dem Rat selbst scheint dieses Ergebnis überraschend gekommen zu sein. Nach der vorangegangenen Diskussion hatte man eher mit einer Annahme gerechnet. Tiefe Untersuchungen über die Ursachen einer solchen Haltung der Volksvertretung dürften ziemlich unfruchtbar sein. Der Großteil sowohl der Ablehnenden wie der Zustimmenden könnte wohl selbst nicht einmal Auskunft geben, warum er dagegen, bezw. dafür gestimmt hat. Der Gegenstand „liegt“ einfach unsern heutigen Volksvertretern nicht. Die Politik erschöpft sich eben für den durchschnittlichen schweizerischen Volksvertreter von heute in Subventionen, Fahrplanverbesserungen, Rindviehprämierungen und ähnlichem — wie eine Zeitung kürzlich etwas böshaft bemerkte. Daneben verfolgt man etwa wie von einer Theaterloge aus das Spiel auf der Bühne der Welt-politik, ereifert sich für die chinesische, türkische oder irgend eine andere Sache, läßt es nicht an gutgemeinten Ratschlägen an die Adresse der „Spielenden“ fehlen und freut sich, wenn schließlich — wie im Theater — das „Gute“ über das „Böse“ siegt. Nur daß die Schweiz heute nicht mehr in der Theaterloge sitzt, sondern der Bühne der großen Politik, auf der gehandelt wird, bedenklich nahe gerückt ist, dieser Erkenntnis verschließt man sich hartnäckig, denn sonst

allerdings wäre es mit der bisherigen Beschaulichkeit zu Ende, und neben Subventionen, Fahrplanverbesserungen und Rindviehprämierungen gäbe es plötzlich noch andere Fragen, mit denen man sich ernsthaft beschäftigen müßte.

Nur aus dieser Geistesverfassung unserer Volksvertretung, ja eines Großteiles unseres Volkes überhaupt, kann das Schicksal verstanden werden, das dieser Kommission für Auswärtiges seit nun bald elf Jahren beschieden ist. Ihren Teil Schuld dabei trägt allerdings auch unsere oberste Landesbehörde, der Bundesrat. Man weiß im Bundesrat, was man vom Parlament zu halten hat. Es ist also verständlich, wenn der Bundesrat gelegentlich gerne etwas Abstand von diesem zu wahren sucht. Trotzdem hätte er hier begleitend zur Hand gehen müssen. In seinem eigensten Interesse — und in dem des Landes. Ein verständnisvoller Rückhalt beim Parlament könnte ihm manche Verhandlung mit dem mächtigen Ausland erleichtern. Eine engere Berührung mit der Volksvertretung und durch sie mit dem Volk, bewahrte ihn vor solchen Schlägen, wie der Verwerfung des Zonenabkommens. Die Begründung aber, mit der das Politische Departement die Hilfe des Parlaments bei der verantwortungsschweren auswärtigen Leitung unseres Staatswesens ablehnte, kann nicht anders — man verzeihe das harte Wort — als borniert bezeichnet werden. Eine derartige Selbstgerechtigkeit und Selbstüberheblichkeit, wie sie hier zum Ausdruck gekommen ist, sucht ihresgleichen.

Ob nun eine solche parlamentarische Kommission für Auswärtiges geschaffen werde oder nicht, davon hängt an sich natürlich nicht das Schicksal unseres Landes ab. Aber die Verständnislosigkeit, mit der man einem so selbstverständlichen Begehren allgemein begegnet ist und die Art seiner Erledigung allerdings hat symptomatische Bedeutung. Es stimmt irgend etwas in unserm Staat nicht mehr. Als im Jahre 1564 Bern unter dem Druck Savoyens, Spaniens, Frankreichs und der katholischen Orte seine Eroberungen an den Genferseeufnern wieder herausgeben sollte, antwortete der Kleine Rat von Bern der zur Vermittlung bestimmten eidgenössischen Viererbotschaft, er könne den Großen Rat zu keinem weiteren Verzicht bewegen, wolle aber noch an das bernische Volk appellieren. Das wirkte. Die eidgenössische Botschaft wußte, daß das Volk noch viel weniger verzichten werde und daß der Appell an es den Krieg bedeute. So kam es zu neuen Verhandlungen, die zu annehmbareren Bedingungen für Bern führten. In den folgenden Jahrhunderten wurde das unter dem wachsenden französischen Einfluß anders. Da regierten nicht mehr die Regierung mit dem Volk zusammen gegen das Ausland. Sondern das Ausland regierte mit den Regierenden zusammen gegen das Volk. Das „Volk“, die Regierten, gewöhnten sich daran, die Bestimmung des eigenen staatlichen Schicksals den großen Herren und dem Ausland zu überlassen. Der Todeskeim war in das Staatswesen der alten Eidgenossenschaft gelegt.

Nach dem Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft und den Wirren der helvetischen Revolution ist die Schweiz allmählich wieder eine Demokratie geworden. Sie ist es — der Form nach noch heute. Nur noch der Form nach?

Wenn das Wort Demokratie einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein: Selbstregierung des Volkes, Volksherrschaft. Also muß das Volk im Verein mit der von ihm berufenen Regierung auch die Haltung des Landes nach außen bestimmen. Tut es aber das wirklich, wenn seine Regierung mit dem Ausland Abmachungen trifft, die nachher von Volksvertretung und Volk durch Verwerfung überhaupt nicht mehr, oder wenn noch, dann nur unter schwerer Schädigung der eigenen Landesinteressen, rückgängig gemacht werden können? Man wird einwenden, daß ein derartiger Verlauf in einem parlamentarisch regierten Staat so gut wie unvermeidlich sei. Eine Regierung müsse so viel Handlungsfreiheit haben, um von sich aus die Beziehungen zum Ausland zu gestalten. Das sei auch ihre verfassungsmäßige Aufgabe. Ein „Mitregieren“ des Parlamentes könne da nur schaden. Einverstanden! Aber die Schweiz ist eben kein parlamentarisch regiertes Land. Wenn man der Regierung so viel Freiheit bei der Gestaltung der auswärtigen Beziehungen zugestehen will, dann muß man auch der Volksvertretung und dem Volk die Freiheit zugestehen, diejenige Regierung, die nicht dem Mehrheitswillen entsprechend gehandelt hat,

zu stürzen. Ohne ein derartiges Recht von Volk und Volksvertretung, die Regierung zur Demission zu zwingen, wenn sie im Widerspruch zum Mehrheitswillen gehandelt hat, wird die Demokratie zur Farce. Und die schweizerische Demokratie ist seit acht Jahren in außenpolitischen Dingen eine Farce. Das Ausland bestimmt seit acht Jahren — nicht viel anders als in den letzten zwei Jahrhunderten der alten Eidgenossenschaft —, wer unsere Außenpolitik leitet und wie sie zu leiten ist; sei es, daß es kurzerhand eine ergebene Persönlichkeit an der leitenden Stelle verlangt oder daß es die Schwächen menschlicher Eitelkeit für seine Zwecke auszunutzen versteht. Wem der erstere Fall nicht glaubhaft zu sein scheint, der lese noch einmal die Aufzeichnungen von Bundesrat Müller nach. Auch ist es zweckmäßig, sich in diesem Zusammenhang noch einmal den „Bericht Nr. 36“ in Erinnerung zu rufen.

Nun ist die Schweiz allerdings ein an Machtmitteln arg kleiner Staat. Die wirklichen Machtverhältnisse um sie herum wird sie also immer berücksichtigen müssen. Daher kann sie es sich auch nicht ohne weiteres leisten, nach Belieben Regierungen zu stürzen und durch neue zu ersetzen — ganz abgesehen von den Rückwirkungen derartiger Regierungsstürzereien auf die inneren Leidenschaften. Will man also — mit guten Gründen — von diesem Weg zur Verwirklichung wirklicher Demokratie absehen, dann bleibt nur der andere: die Regierung darf nur in engster Fühlungnahme mit der Volksvertretung, bezw. einem Ausschuss derselben, Außenpolitik treiben; gerade weil Volksvertretung und Volk sie nachher nicht wirklich desavouieren, d. h. zur Demission zwingen können. Wenn sich das, was 1918/19 geschehen ist, noch einmal wiederholt, wenn auch nur das weiter geht, was in den Jahren seither gegangen ist — daß unsere Außenpolitik eigentlich auf einigen ausländischen Botschaften in Bern, einschließlich der päpstlichen, gemacht wird —, dann bleibt unsere Demokratie und damit unser Staatswesen im Kern getroffen. Wir möchten daher die Hoffnung nicht aufgeben, daß mit der Erledigung der auswärtigen Kommission im Nationalrat die Angelegenheit als solche nicht erledigt sei. Müßten wir diese Hoffnung aufgeben, dann könnten wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Parlament in seiner heutigen Form, aber auch unsere ganze Bundesverfassung, einschließlich der Wahlart des Bundesrates, den heute an sie gestellten Anforderungen nicht mehr zu genügen vermögen.

* * *

Der Kampf für die Abstimmung vom 5. Dezember über das Getreidemonopol hat schon zwei Monate vor dem Abstimmungstag mit einer Leidenschaftlichkeit eingesetzt, wie man sie sonst jeweils nur in den letzten zwei bis drei Wochen vor der Entscheidung findet. Das hängt u. a. sicherlich auch damit zusammen, daß es nach der Ansicht vieler dabei nicht nur um eine Frage von wirtschaftspolitischer Tragweite, sondern um eine solche grundsätzlicher und letzter Einstellung zu staatlichen Dingen geht.

Nachdem wir im Maiheft dieses Jahres den monopolbefürwortenden Standpunkt haben zum Wort kommen lassen und selbst diesen Standpunkt vertreten haben, geben wir im Anschluß an unsere „Umschau“ den besonders auf konservativer Seite auftretenden Bedenken gegen die Schaffung eines neuen „Staatsmonopols“ Raum. An unserer eigenen früher bezogenen Stellung haben wir nichts zu ändern. Das Einfuhrmonopol zugunsten einer gemeinnützigen Genossenschaft unter Bundesaufsicht scheint uns nach wie vor die sauberste und zweckmäßigste Lösung einer Frage zu sein, deren Dringlichkeit und Unumgänglichkeit ja vorbehaltlos von den beiden gegenwärtigen Kampfgruppen anerkannt wird. Die Bekämpfung dieser Lösung ist uns daher von einem parteitaktischen Standpunkt noch verständlich, nicht aber von einem vorgefaßten staatspolitischen Doktrinarismus aus.

Parteitaktisch befürchtet man also, weil die „Verstaatlichung“ der Getreideeinfuhr einen Einzelpunkt des allgemeinen sozialistischen Verstaatlichungsprogramms verwirkliche, eine Förderung des sozialistischen Gedankens und damit eine Stärkung der sozialistischen Partei. Darauf kann man nur erwidern, daß, wenn eine derartige „Verstaatlichung“ die zweckmäßigste Lösung der vorliegenden

Frage ist, sie eben verwirklicht werden muß, gleichgültig, welche Partei den meisten „ideellen“ Gewinn davon zieht. Eine andere Stellung einnehmen hieße ja dann, aus parteiegoistischen Gründen der Volksgesamtheit die beste Lösung vorenthalten. — Und dann die weitere Sorge der Monopolgegner, daß diese Verstaatlichung der Getreideeinfuhr nur der erste Schritt zur Verstaatlichung der Lebensmitteleinfuhr überhaupt und damit zur Errichtung des sozialistischen Staates sei. Dazu ist zu sagen, daß, wenn für eine derartige Verstaatlichung der Getreideeinfuhr keine innere Notwendigkeit vorhanden wäre, nämlich indem sie einfach die zweckmäßigste Lösung einer tatsächlich vorliegenden Frage bedeutet, sie sicherlich nicht beschloffen würde. Gleich verhält es sich aber auch mit allen weiteren Verstaatlichungen. Damit soll nicht gesagt werden, daß man nun einfach den Vertretern des Sozialismus unser Staatswesen zum Ausprobieren ihrer Theorien überlassen solle. Sie würden dann in ihrem politischen Dilettantismus und ihrer oberflächlichen Verallgemeinerungsfucht gleich das Unterste und Oberste verstaatlichen (oder vergesellschaften, wie sie sagen) und damit ein Chaos und Unheil anrichten, ähnlich wie man es in Rußland erlebt hat, um schließlich auf derartig furchtbarem Umweg wieder auf einen Punkt zurückkommen zu müssen, den man auf direktem Wege von selbst allmählich erreicht hätte. Der Sozialismus als Theorie muß also wohl überwunden werden; er ist — trotz mancher richtigen wirtschaftspolitischen Erkenntnis — eine platte, seelenlose, den Menschen von seinen tieferen Erlebens- und Schaffensquellen weg und nur auf die Befriedigung seiner rein äußeren materiellen Bedürfnisse hin führende Lehre. Diese Überwindung kann aber am allerwenigsten dadurch geschehen, daß man aus Angst vor ihm das, was die heutigen Verhältnisse gebieten, nicht tut. Damit bewirkt man das gerade Gegenteil.

Zürich, den 27. Oktober 1926.

Hans Dehler.

Die monopolfreie Erhaltung unseres Bauernstandes.

Unter dem Stichwort „Die Erhaltung des Bauernstandes“ ist Herr E. J. Graf in der Mainummer dieser Hefte für die Getreidemonopolvorlage der Bundesversammlung eingetreten und hat die Lösungsmöglichkeit des brennenden Getreideproblems ohne Monopol ins Reich der Illusionen verwiesen. Wir befinden uns in dieser Zeitschrift nicht in der Arena, um scharfe Polemiken gegeneinander auszufechten; dennoch benütze ich die Gelegenheit gerne, um vom konservativen Standpunkt aus mich zur Frage zu äußern. Diese Basis ergibt zum vornherein eine selbstverständliche Übereinstimmung in der Zielsetzung der Erhaltung eines gesunden Bauernstandes. Verschieden ist die Auffassung über die Wege zu diesem Ziel. Einmal als Prämisse vorausgesetzt, daß eine monopolfreie Regelung praktisch und referendumspolitisch möglich ist, kann der konservativ und föderalistisch eingestellte Staatsbürger unmöglich ins Monopollager abschwenken. Aber eben diese Prämisse war und ist die Klippe, an welcher schwere Frachten grundsätzlicher Bedenken scheiterten. Um diese mehr realpolitische Seite der Frage kämpft auch heute ein Großteil der Abstimmungsgruppen, so daß die eigentlich prinzipielle Note vielfach in den Hintergrund tritt. So soll auch hier vorerst das materielle Hindernis vor der grundsätzlichen Einstellung zu beseitigen versucht werden, soweit der zur Verfügung stehende Raum dies zuläßt.

Raum jemals sind in einer eidgenössischen Abstimmungskampagne der Opposition so viele und so schwerwiegende Autoritätszeugen zur Verfügung gestanden wie diesmal den Freunden einer monopolfreien Lösung der Getreidefrage. Wer sind diese maßgebenden Zeugen für die Entbehrlichkeit des Monopols? Einmal der Bundesrat selber, der am 27. Mai 1924 den Textentwurf für einen Artikel 23 bis der Bundesverfassung einstimmig sanktionierte, welcher das Postulat der Lagerhaltung und Anbauförderung mit der ausdrücklichen Ablehnung des Monopols vereinigte. Darin heißt es wörtlich: „Dabei darf je-

doch ein ausschließliches Recht der Einfuhr von Getreide, vorbehaltlich einer Zwangslage in Kriegszeiten, weder für den Bund noch für eine private Organisation geschaffen werden.“ Das ist klipp und klar gesprochen. Die Initiative hat diesen Passus mit einer Verdeutlichung wörtlich übernommen. Im Bestreben, noch deutlicher vom Monopol abzurücken, gab der Bundesrat im November 1924 eine neue Botschaft heraus, welche der Bundesversammlung sogar die sofortige Sistierung des Getreidemonopols und den Übergang zur monopolfreien Lösung der Getreidefrage beantragte. Damit ist die Entbehrlichkeit des Monopols in authentischer Form von höchster verantwortlicher Amtsstelle aus dem ganzen Schweizervolke in zwei feierlichen Dokumenten kundgegeben worden. Es hieße Zweifel in das Verantwortlichkeitsgefühl unserer obersten Magistraten setzen, wenn man den Ernst dieser Erlasse heruntermachen wollte.

Ferner hat der Ständerat im Dezember 1924 die bundesrätliche Novembervorlage auf sofortige Aufhebung des Getreidemonopols mit überwältigender Majorität akzeptiert. Im weiteren hat der große Vorstand des Schweizerischen Bauernverbandes Ende Januar 1925 im Beisein von Bundesrat Schulthess der ständerätlichen Vorlage auf Liquidation des Getreidemonopols zugestimmt. Der Vertreter des Bundesrates fragte an jener Tagung ausdrücklich, ob etwa jemand das Monopol als endgültige Regelung in Vorschlag bringe. Aber kein einziger der Anwesenden meldete sich zum Wort, so daß sich implizite alle Mitglieder mit der monopolfreien Lösung einverstanden erklärten.

Diese drei gewichtigeren Kronzeugen haben also vor dem gesamten Schweizervolke erklärt: Das Monopol ist nicht nötig, es ist durchaus nicht wünschbar; eine monopolfreie Lösung der Getreidefrage ist ganz gut möglich, wie denn auch bereits eine ganze Anzahl solcher Projekte vorliegen, so von den Nationalräten Steiner, Balmer und Jäggi. Professor Dr. Laur hatte übrigens schon im Jahresberichte des Bauernverbandes von 1922 vorbehaltlos erklärt: „Der Nachweis dürfte erbracht sein, daß die Sicherung der Brotversorgung auch ohne Monopol möglich ist.“ Auch in einer Streitschrift aus den letzten Wochen wird von gleicher Seite bestätigt: „Gewiß, wir haben nie bestritten, daß monopolfreie Lösungen möglich sind.“

Nun aber der zweite Einwand, es sei referendumspolitisch unmöglich, eine monopolfreie Lösung im Volke zum Durchbruch zu bringen gegen die geschlossene Sozialdemokratie, einen großen Teil der Angestelltenschaft, die Exportindustrie, die konsequenten Freihändler und die gewohnheitsmäßigen Reinsager. Dieses Moment hat auch in der Abstimmung bei den Räten eine gewichtige Rolle gespielt. Parlamentarier, die durchaus von der praktischen Möglichkeit einer monopolfreien Regelung überzeugt waren, haben vor dieser Argumentation die Segel gestrichen. Und dennoch bedeutet eine solche Haltung nichts mehr und nichts weniger als auch die Kapitulation vor einer für die gesamte Bauernschar wohl noch bedeutamern befriedigenden Lösung der kommenden Zollgesetzgebung. Dort wird gegen die gleiche Front gekämpft werden müssen und es hieße an unserer Demokratie geradezu verzweifeln, wenn man hier zum vornherein die Flinte ins Korn werfen wollte. Für eine monopolfreie Lösung wären die historischen Parteien der Freisinnigen und Konservativen sozusagen geschlossen in den Kampf gezogen und werden das auch nach einer eventuellen Verwerfung am 5. Dezember tun. Wenn dann noch die Phalanx der gesamten Bauernschar dazustößt, kann ein Kampf wohl mit mehr Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden, als das bei der Monopolvorlage mit ihren eingedrückten Reihen der Fall ist. Im übrigen haben sich die führenden Kreise der heutigen Monopolgegner, gerade auch jene aus Industrie-, Handels-, Export- und Konsummentenkreisen, moralisch gebunden, einer monopolfreien Regelung ihre moralische und materielle Unterstützung zu leihen, so daß die oben angeführte gegnerische Front zum vornherein stark geschwächt wäre. Es ist Sache der Monopolfreunde, den gegenwärtigen Kampf so zu führen, daß die Einhaltung des gegebenen Versprechens nicht allzu großen Hemmungen ausgesetzt wird.

Und nun die grundsätzlichen Bedenken! Diese sehen im Getreidemonopol in allererster Linie einen Schritt zum Staatssozialismus. „Staatsmonopole sind nun einmal Meilensteine auf dem Wege zum

Staatssozialismus und damit zum Sozialismus überhaupt," heißt es in einer Streitschrift der Monopolgegner. Der Staatssozialismus überträgt dem Staate Berufe und Arbeitsgebiete, die ihrem Wesen nach und gemäß der Tradition aller Kulturvölker durch Einzelpersonen oder freie Körperschaften ausgeübt werden sollen. Der Staatssozialismus macht den Staat zum Händler mit unentbehrlichen Lebensbedürfnissen, zum Handwerker, zum Landwirt. Er gibt also den staatlichen Funktionären eine ungesunde ökonomische und damit eine ganz unerträgliche politische Macht und degradiert die einzelnen Staatsbürger und die Familien und Berufsverbände zu unwürdiger Hörigkeit gegenüber einer machtbewußten Bürokratie. Mit Recht sagt Leroy Beaulieu: „Der Staatssozialismus ist das gedankenärmste aller Regierungssysteme; er liefert das ganze Volk der Brandschätzung durch eine kleine Kaste zugriffiger Bürokraten aus; und er kann, wenn er einmal festgeessen und in Kraft erwachsen ist, kaum wieder rückgängig gemacht und durch ein vernünftiges Wirtschaftssystem ersetzt werden.“

Die sozialdemokratischen Führer machen denn auch kein Hehl daraus, was sie vom Getreidemonopol erwarten. Sie sind die einzige Partei, die geschlossen aus Grundsätzlichkeit für die Monopolvorlage eintreten. Nationalrat Grimm schreibt in seiner Broschüre „Revolution und Massenaktion“ u. a.: „Wenn der Bund das Getreidemonopol beibehält, wenn er die Verstaatlichung weiterer Lebensmittelzufuhren folgen läßt, so schaltet er dadurch nicht nur den bisher von den Privaten eskomptierten Gewinn aus; er vermag dann auch die Verteilung der eingeführten Lebensmittel zu überwachen, bestimmte Bedingungen an ihre Verwendung zu knüpfen und die definitiven Verkaufspreise zu regeln.“ An einer andern Stelle wird ausgeführt: „So ist der Weg zur Sozialisierung der Schweiz durch die Besonderheit ihrer wirtschaftlichen Existenz klar vorgezeichnet. Der erste Schritt ist die Verstaatlichung des Imports.“ Duzende von roten Pressestimmen ließen sich anführen, daß diese Meinung bei der Klassenkampfpartei die offizielle ist.

Es ist kaum begreiflich, wenn die Monopolfreunde immer und immer wieder erklären, das Monopol werde ganz unpolitisch, rein fiskalisch verwaltet werden; von einem Einfluß der Sozialdemokraten sei nichts zu befürchten. Warum nicht auch hier die sonst so beliebte Realpolitik zu Rate ziehen? Diese sagt uns, daß die Klassenkampfpartei seit dem Kriegsbeginn bis heute in der Schweiz enorme Fortschritte zu verzeichnen hat. Sie ist heute schon die zweitstärkste Partei im Nationalrate. Der Hauptpunkt ihrer Taktik ist die gewerkschaftliche Organisation der Staatsbeamten. Immer mehr führt die rote Partei in Bern das große Wort. Wie es dann in einigen Jahren mit der Wahl der „gemeinnützigen Genossenschaft“ zur Verwaltung des Getreidemonopols herauskommt, kann man sich ungefähr vorstellen. Da ist begreiflich, wenn gerade die grundsätzlich konservativ gerichteten Kreise nicht durch Unterstützung des Getreidemonopols ihren erbittertsten Gegnern zur Beschleunigung ihres Herrschaftsantrittes verhelfen wollen. Der Sozialismus kann nach Auffassung dieser Richtung nur durch einen entschiedenen Kampf überwunden oder geschwächt werden, nicht aber durch kraftloses Nachgeben, noch weniger dadurch, daß man positiv mithilft, seine verderblichen Postulate zum Siege zu führen.

Daß die Einführung des Getreidemonopols auch ein Schritt in der Richtung des Zentralismus bedeutet, liegt auf der Hand. Durch seine verfassungsmäßige Verankerung würde auch die Schlagkraft im kommenden Kampfe gegen die Verewigung der direkten Bundessteuer geschwächt, besonders wenn man in der Kampagne immer auch auf das Bewährungsmoment abstellt und sagt: Das Monopol hat sich nun über zehn Jahre bewährt. Warum soll man es abschaffen? Mit der ganz gleichen Argumentation kann man in einigen Jahren nach Ablauf der dritten Kriegsteuerperiode auch für die verfassungsmäßige Weiterdauer dieser Steuer plädieren, in welcher die konservativen Föderalisten eine schwere Gefahr für die finanzielle Selbständigkeit der Kantone erblicken.

Man hat darum nicht unbegründete Bedenken gegen das Hereinziehen dieses trojanischen Monopolpferdes in unser Schweizerland. Hinter dem Kampfe gegen das Getreidemonopol steht auch das Ringen gegen die immer mehr überhandnehmende Staatsallmacht und gegen wachsende Herrschergelüste in Bern.

Man weiß dort wohl genug, daß es am ersten Dezember Sonntag um mehr geht als um die bloße Vorlage der Bundesversammlung. Das weiß auch ein Großteil der Bauernsamer, welche keineswegs eine feste Ja-Phalanx darstellt. Sie wird um so ruhiger nach ihrer gesunden, primären psychischen Einstellung ihr Botum abgeben dürfen, als sie die sichere Gewähr hat, daß die überwiegende Mehrheit der Neinsager ihr nachher mit innerster, treuester Überzeugung helfen werden, die zu ihrer Erhaltung notwendigen Postulate zum Siege zu führen, allerdings ohne Staatsmonopol.

L o y s H o r a t, St. Gallen.

Professor Zürcher †.

Mit dem in Zürich im Alter von 76 Jahren verstorbenen Prof. Dr. jur. Emil Zürcher ist ein Mann von großen bleibenden Verdiensten für die Eidgenossenschaft und den Kanton Zürich dahingeshieden. Seine juristische Laufbahn begann er als Adjunkt des Staatsanwaltes. Seit dem Tage, an dem er sich dem damaligen ersten Staatsanwalt des Kantons Zürich, Ludwig Forrer, dem späteren Bundesrat, als Bewerber für das Amt vorstellte, verband die engste, nie getrübt Freundschaft die beiden Männer zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit. Sie führten eine Reihe von Jahren zusammen in Winterthur, der Kapitale der demokratischen Bewegung, ein Anwaltsbureau und standen dort in den vordersten Reihen der politischen Führer. Zufolge seiner Wahl ins Obergericht siedelte Zürcher nach Zürich über, wo er 1890 die Professur für Straf- und Prozeßrecht erhielt. Diese Stellung bekleidete er mit großem Erfolge bis zur Erreichung der Altersgrenze im Jahre 1920, um nachher der Universität Zürich bis zu seinem Tode noch als Honorarprofessor anzugehören. Volle 36 Jahre war er ein hervorragendes Mitglied des zürcherischen Kassationsgerichtes.

Die Leidenschaft für den Staat brachte ihn schon in jungen Jahren in die Ratsfäle. Noch von Winterthur aus wurde er in den Kantonsrat gewählt, dessen Vorsitz er im Jahre 1889/90 mit Auszeichnung führte. Zwei Dezennien lang war er Mitglied des Nationalrates. Mit Recht empfand er es als kränkende Zurücksetzung, als er bei der ersten Proporzwahl einem Vertreter besonderer wirtschaftlicher Interessen den Platz räumen mußte. Im kantonalen wie im eidgenössischen Parlament nahm er eine hochangesehene Stellung ein. In beiden hat er sich namentlich für die Verwirklichung demokratischer Ideen und für die Besserung der Lage aller Schwachen und Bedürftigen eingesetzt. Unübersehbar ist die Reihe seiner schriftlichen und mündlichen Vorträge und Referate über wissenschaftliche, politische und gemeinnützige Gegenstände. Die Vollendung seines Lebenswerkes, dem er seit vielen Jahren seine ganze zähe Arbeitskraft gewidmet hatte, des einheitlichen Strafgesetzbuches für die Schweiz, durfte er nicht mehr erleben. Neidlos gönnte er aber seinem Freunde Eugen Huber das Glück, die Schöpfung des schweizerischen Zivilgesetzbuches ins Leben setzen zu können.

Mit banger Sorge verfolgte Zürcher die neueste Entwicklung der eidgenössischen Politik. Tief beklagte er die Verschärfung der föderalistischen Stimmung im Innern und die westliche Orientierung der Staatsleitung nach Außen. Im Kampfe um das Zonenabkommen war er einer der Ersten, der auf die schweren politischen Gefahren aufmerksam machte. In Wort und Schrift klärte er das Volk über die Bedrohung Genfs durch Frankreich auf.

Welch prächtiger Mensch, frei von Vorurteilen, natürlicher, echt demokratischer Lebensführung, steter Hilfsbereitschaft und Güte der Verstorbene war, der auch in schweren Stunden Optimismus und Humor nicht verlor, das wissen Alle, die ihn persönlich kannten.

Am 3. Oktober, genau fünf Jahre, nachdem er seinem fünf Jahre älteren Freunde Forrer im Krematorium in Bern trauernde Worte des Abschieds zugerufen hatte, ist er seinem Mitkämpfer im Tode gefolgt.

E u g e n C u r t i.

Zur politischen Lage.

Der Abbau des Sieges. — Die deutsch-französische Freundschaft. — Der Widersinn der Friedensverträge.

Die Ereignisse der letzten zwei Monate haben zum ersten Mal die Tatsache deutlich hervortreten lassen, daß wir uns nun in der Zeit des Abbaus der Kriegsergebnisse befinden. Man muß schon die Entwicklung während den acht Jahren seit dem Waffenstillstand insgesamt überschauen, um dies klar zu empfinden. In der ersten Zeit hatte die Siegergruppe des Weltkrieges die Macht unumschränkt in den Händen. Sie war aufs eifrigste damit beschäftigt, diese Stellung auszunützen. Die Besiegten mußten alles über sich ergehen lassen, da sie keine Machtmittel mehr in den Händen hatten. Es gab nur ein Hindernis für die völlige Ausnützung des Sieges, die gegenseitige Eifersucht unter den Siegern selbst. Diese trat in immer steigendem Maße in Erscheinung. Schließlich führte sie zum Verfall des Siegerbundes. Dessen einzelne Glieder gingen wieder selbständig vor. Das führte bald zum offenen Gegensatz zwischen den bedeutendsten Mächten der Entente. Damit fand der erste Zeitraum nach dem Waffenstillstand, der der Auswertung und Sicherstellung des Sieges im gemeinsamen Auftreten gegenüber den Besiegten gewidmet war, sein Ende.

Es folgte nun eine Zeit, wo die immer stärker auftretenden Gegensätze, zwischen Frankreich und England vor allem, den Besiegten wieder eine gewisse Bewegungsfreiheit erlaubten. Die andauernden Bestrebungen Frankreichs zu ihrer Niederhaltung wurden jetzt von England planmäßig gelähmt. Das Inselreich hatte nach dem Zwischenpiel des Krieges seinen alten Grundsatz wieder aufgegriffen, keine Macht auf dem Festlande übermächtig werden zu lassen. So trat es Frankreich überall entgegen, ohne allerdings selbst auf irgend ein wesentliches Recht gegenüber den Besiegten zu verzichten. In Frankreich fühlte man, daß auf diese Weise die Möglichkeit der Ausnützung des Sieges allmählich entchwand. Die Wut darüber wurde immer größer. Man versuchte deshalb, diese Entwicklung noch einmal mit Gewalt aufzuhalten und zu wenden. Poincaré führte mit seiner bekannten Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit diesen Streich. Es kam zum Ruhrkrieg. Nun zeigte es sich jedoch mit aller Deutlichkeit, daß die Zeiten anders geworden waren. England und Amerika folgten jetzt wieder der überlieferten Richtung ihrer Politik. Die Kräfte Frankreichs aber zeigten sich zu schwach, um trotz der überragenden militärischen Machtmittel in dieser schwierigen Lage durchzuhalten. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes war zu ungünstig. Vor allem reichte die innere Widerstandskraft des Volkes nicht mehr aus. Der Interessengegensatz der Parteien und Wirtschaftsgruppen überwog die Rücksichten der äußern Politik. So endete der Ruhrkrieg zwar mit dem gänzlichen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands, aber auch mit einem Verzicht Frankreichs. Damit war der Zeitraum der Ausnützung des Sieges im Weltkrieg zu immer neuen Forderungen in der Hauptsache zu Ende.

Es dauerte aber noch lange, bis die Folgerungen aus dieser Tatsache gezogen wurden. Die Widerstände in Frankreich waren allzugroß, um die Erkenntnis rasch durchdringen zu lassen, daß es mit der errungenen unumschränkten Macht bereits zu Ende sei. Es kam zwar zu einer Regelung der finanziellen Fragen im Dawes-Abkommen. Es brauchte aber die immer fortschreitende Verschlechterung der französischen Finanzen, den Währungsverfall und die Nöte der Kolonialkriege in Syrien und Marokko, um einen wesentlichen Teil der leitenden Kreise Frankreichs zu überzeugen, daß die bisher eingeschlagene Politik nicht mehr haltbar sei. Es brauchte auch eine energische Nachhilfe Englands, das zur Wiederherstellung seiner zerrütteten Wirtschaft und zur Festigung seines bedenklich ins Schwanken gekommenen Weltreiches unbedingt Ruhe haben muß. So kam es schließlich zu Locarno. Die Freude darüber war groß und man gab sich besonders bei den Neutralen überschwenglichen Hoffnungen hin. Es zeigte sich aber bald, daß in Frankreich die Widerstände gegen den neuen Kurs zu groß waren. Es folgte die große Enttäuschung der Frühjahrsversamm-

lung des Völkerbundes in Genf. Es brauchte wiederum das energische Eingreifen Englands und der internationalen Hochfinanz, um diese Widerstände zu brechen. So wurde schließlich im September die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund Tatsache. Gleichzeitig erfolgte ein neuer energischer Ruck Frankreichs auf dem so widerwillig eingeschlagenen neuen Weg seiner Politik. Er ist mit dem Namen Thoiry verknüpft.

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit einem ständigen Ratssitz bedeutet formell die Wiederanerkennung seiner Großmachtstellung. Tatsächlich ist diese Anerkennung allerdings noch nicht so weit fortgeschritten. Sie wird aber wohl immer mehr kommen. Damit ist im großen Ganzen nun auch die Zeit des Schwankens zwischen einer Politik der restlosen Ausnützung des Sieges im Weltkrieg und der einer europäischen Zusammenarbeit abgeschlossen. Wir stehen jetzt in der Zeit des Abbaus der Kriegsgewinne. Dieser wird nicht sehr rasch gehen. Es wird Rückschläge geben. Die Entscheidung ist jedoch gefallen.

* * *

In den ersten Wochen nach Thoiry brachten die Blätter bereits Überschriften wie: Die deutsch-französische Freundschaft. Man hegte vielfach geradezu fantastische Erwartungen über die Wirkungen der Genfer Verhandlungen. Auch diesmal konnte die Enttäuschung nicht ausbleiben. Sie ist heute bereits da. Wiederum hat es sich gezeigt, daß die Widerstände in Frankreich sehr groß sind. Das ist an und für sich auch begreiflich. Frankreich muß eben bei dieser Politik Stück um Stück seiner 1918 errungenen Übermacht selbst preisgeben. So zeigt es sich denn immer, daß man zwar unter dem Druck der schlimmen Finanzlage theoretisch in Paris zu einem Zusammengehen mit Deutschland bereit ist, daß aber bei jeder praktischen Frage die größten Schwierigkeiten entstehen.

Solche Schwierigkeiten beginnen in erster Linie bei den Rheinfragen. Es ist ja offensichtlich, daß Deutschland die Politik einer Verständigung mit Frankreich besonders deshalb betreibt, um den französischen Druck am Rhein loszuwerden. Darum drehen sich immer wieder die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten. Die Berliner Regierung hat durch den Abschluß des Locarner Vertrages die Räumung der ersten Rheinlandzone erreicht. Durch die Fortsetzung der Locarno-Politik hofft man die Räumung des Restes des besetzten Gebietes und die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland zu erlangen. Man ist in Deutschland bereit, dafür Opfer zu bringen. Um diese Frage müssen sich die Besprechungen mit Briand in Genf gedreht haben. Heute wissen wir, daß bis zur Erreichung dieses Zieles noch ein weiter Weg sein wird. Gerade die letzten Wochen haben im Rheinland eine Reihe von neuen Zwischenfällen gebracht. Zahlreiche Anzeichen weisen darauf hin, daß die Franzosen gar nicht daran denken, ihre Stellung im Rheinland preiszugeben. Hier liegt das erste große Hindernis für das Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs.

Wohl ebenso große Schwierigkeiten erwachsen für dieses Zusammengehen aus den Ostfragen. An der Ostgrenze Deutschlands liegen eine Reihe von Staaten, die von Frankreich geschaffen worden sind, um einen ständigen Druck auf Deutschland auszuüben. Deshalb sind vor allem Polen und die Tschechoslowakei viel größer gemacht worden, als das Nationalitätenprinzip und überhaupt die natürlichen Verhältnisse rechtfertigten. Beide Staaten stehen gerade deshalb in unaufhörlichen innern Schwierigkeiten. Polen vor allem bedeutet in seiner heutigen Zusammensetzung eine ständige Bedrohung des Friedens. Es bedeutet vor allem für Deutschland eine unerträgliche Belastung. Die Frage des Korridors und die Oberschlesiens werden nie zur Ruhe kommen. Es ist deshalb ein offenes Geheimnis, daß Deutschland hier eine Neuregelung der Grenzen anstrebt. Es hat immer eine Garantie des heutigen Bestandes Polens abgelehnt. Frankreich aber will von einer solchen Neuregelung nichts wissen. Es will seine Schützlinge nicht im Stiche lassen. Immer von neuem versucht es, sie in seine Abmachungen mit Deutschland hineinzuziehen und auf diese Weise zu sichern. Deutschland lehnt es ebenso beharrlich ab, auf diese Pläne

einzugehen. Hier stehen die beiden Staaten in ihren Auffassungen noch in einem unüberbrückbaren Gegensatz.

Ähnliche Schwierigkeiten zeigen sich auf sozusagen allen Gebieten, wo die politischen Interessen Deutschlands und Frankreichs aufeinander treffen. Ich möchte nur noch auf einen einzigen Fall hinweisen: Die Frage der deutschen Kolonien. Frankreich hat zwar einen derart großen Kolonialbesitz, daß es ihn unmöglich ausnützen kann. Trotzdem mehrt es sich genau so wie England gegen jede Rückgabe eines Teils der frühern deutschen Kolonien. So kann man ruhig sagen, daß sich auf der ganzen Welt Deutschland und Frankreich in ihrer Politik schroff gegenüberstehen. An dieser Tatsache hat Locarno sehr wenig und Thoiry bisher gar nichts geändert.

Etwas besser steht es auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Zwar denken die Franzosen auch hier nicht daran, auf die ihnen durch den Versailler Vertrag zugesprochenen Ausnahmerechte und Vorteile zu verzichten. Sie beharren im Gegenteil auf deren völliger Durchführung. Allein die deutsche und die französische Wirtschaft ergänzen sich trotz aller Gegensätze auch wieder in so weitgehendem Maße, daß hier immer der Anreiz zu einer Zusammenarbeit vorhanden ist. Und so ist es wirklich bereits zum Zusammengehen bestimmter Wirtschaftsgruppen aus Deutschland und Frankreich gekommen. Man kann auch wohl ruhig sagen, daß beiderseits in den führenden Kreisen der Wirtschaft eine erhebliche Bereitwilligkeit besteht, diese Zusammenarbeit weiter auszubauen. So ist hier eine Möglichkeit sichtbar, auf dem Wege über die Wirtschaft allmählich auch zu einer politischen Verständigung zu gelangen. Dieser Weg wird aber selbst im besten Falle schwierig und zeitraubend sein.

So führt eine genauere Betrachtung des tatsächlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich zu dem Ergebnis, daß sich in Wirklichkeit darin verhältnismäßig wenig geändert hat. Noch stehen sich die beiden Teile gerade in den wichtigsten Fragen schroff gegenüber. Freundlicher geworden ist lediglich die berühmte „Atmosphäre“. Die beiden Regierungen bestreben sich nach Kräften, einander Liebenswürdigkeiten zu sagen, die aber nichts kosten dürfen. Auch in der Presse und im sonstigen öffentlichen Leben der beiden Länder ist an vielen Orten eine versöhnlichere Stimmung festzustellen. Immer wieder machen sich allerdings hier durchaus gegenteilige Strömungen sehr bemerkbar. Bekanntlich ist ja auch die politische Atmosphäre sehr leicht den größten Schwankungen unterworfen, sodaß man auf sie keine allzugroßen Hoffnungen setzen darf. Man wird deshalb gut tun, die deutsch-französische Freundschaft einstweilen noch als eine schöne Hoffnung zu betrachten und für die nächste Zeit sich noch auf manche Überraschung gefaßt zu machen.

* * *

Über die großen Schwierigkeiten, die heute noch einer politischen Beruhigung entgegenstehen, darf man sich überhaupt keinen Täuschungen hingeben. Es ist sicher keine Arbeit für den Frieden und den Fortschritt, wenn man diese Schwierigkeiten einfach wegzuleugnen versucht. Dies ist ja die Taktik der Großzahl der heutigen Pazifisten. Sie richten alle ihre Anstrengungen darauf hin, einfach den heutigen Zustand Europas ungestört aufrecht zu erhalten. Sie befürchten von allen Bestrebungen zur Änderung dieses Zustandes eine Störung des Friedens und sind sehr leicht bereit, solche Bestrebungen einfach als Friedensstörungen zu brandmarken. Auf diese Weise setzen sie sich ganz einfach in den Dienst aller der politischen Interessen, die die Aufrechterhaltung der heutigen politischen Lage in Europa nötig haben. Es ist geradezu erstaunlich, daß dies in den pazifistischen Kreisen noch nicht allgemein erkannt worden ist. Es müßte doch eigentlich jedermann ohne weiteres einleuchten, daß man nicht in einem Augenblick völlig gestörten Gleichgewichtes die Entwicklung stillzulegen versuchen soll. In einem solchen Augenblick leben wir aber heute noch! Und da muß alle Mühe zur Erzielung eines friedlichen Einvernehmens umsonst bleiben, wenn sie das nur durch eine Beruhigung des heutigen Zustandes erreichen will.

Wer auf eine dauernde Beruhigung Europas hinarbeitet, wird im Gegenteil mit aller Kraft betonen müssen, daß die heutigen Verhältnisse unseres Erdteiles geradezu widersinnig sind und naturnotwendig zu immer neuen schweren Verwicklungen führen müssen. Nur die Beseitigung wenigstens der größten Irrtümer in der Verteilung von Ländern und Menschen auf den Friedenskonferenzen nach dem Weltkrieg kann hier dauernde Abhilfe schaffen. Dies ist in vielen Fällen unbedingt sehr schwierig, in andern leicht und ohne weiteres durchführbar. Trotzdem sträubt man sich heute — vorgeblich aus Friedensliebe — gegen jede derartige Neuregelung. Was soll man davon halten?

Ich möchte dafür nur ein Beispiel anführen, das allerdings an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Ich meine die Frage von Eupen-Malmédy. Belgien hat dieses 60.000 Einwohner umfassende Stück Land im Friedensvertrag von Versailles zugesprochen erhalten, damit es auch seinen Anteil an der Beute habe. Den Vorwand dazu bot die Tatsache, daß eine Ecke des Gebiets um die Stadt Malmédy selbst mit rund einem Sechstel der Gesamtbevölkerung wallonischer Muttersprache ist. Die gesamte Bevölkerung sprach sich jedoch von Anfang an scharf gegen die Abtretung aus. In den vergangenen sechs Jahren hat es sich sogar gezeigt, daß gerade die Wallonen von Malmédy am wenigsten von der belgischen Herrschaft wissen wollen. Längst ist deshalb in Belgien die Überzeugung verbreitet, daß der Besitz von Eupen-Malmédy dem Lande keinen Vorteil bringe. Man wäre deshalb durchaus geneigt, das Gebiet abzutreten, wenn Deutschland auf irgend eine andere Weise sich erkenntlich zeigen würde. In aller Stille bahnten sich darüber Verhandlungen an. Sie führten vor einem Vierteljahr bereits zu einem Ergebnis. Deutschland anerkant sich, eine erhebliche Anzahl Millionen für die Einlösung des von ihm seinerzeit in Belgien ausgegebenen Papiergeldes zu bezahlen. Belgien selbst wollte dafür eine Volksabstimmung veranstalten, um der Bevölkerung von Eupen-Malmédy die Möglichkeit zu geben, frei über ihr Schicksal entscheiden zu können. Die Verhandlungen waren auf dem besten Wege, als Frankreich davon erfuhr. Sofort setzte es alle Hebel in Bewegung, um eine solche Regelung zu hintertreiben. Im Interesse Frankreichs liegt es eben einstweilen, die Friedensverträge in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Bei dem großen politischen und wirtschaftlichen Einfluß Frankreichs in Belgien gelang es wirklich im Handumdrehen, die Einigung zwischen Belgien und Deutschland zu verhindern, und das, trotzdem die Regierung und das Parlament in Brüssel in der großen Mehrheit für diese Einigung waren, und heute noch sind. So wurde wieder einmal die sehr leicht mögliche Wegräumung eines Friedenshindernisses in Europa hintertrieben.

Aber trotz aller Bemühungen schreitet die Erkenntnis von dem Widersinn der Friedensverträge von 1920 unaufhaltsam fort. Wo in der Welt glaubt man z. B. heute noch, daß die Zuteilung von Deutschsüdtirol an Italien kein grober Mißgriff war? Wer glaubt heute noch, daß die Abgrenzung Polens oder der Tschechoslowakei eine glückliche war? Die Macht der Tatsachen spricht eben eine zu deutliche Sprache. Die Tschechoslowakei hat neuestens das selbst zugeben müssen. Dort sind zum ersten Mal seit der Entstehung des Staates Vertreter der 3½ Millionen Deutschen in die Regierung aufgenommen worden. Bisher waren diese von der Leitung der Staatsgeschäfte völlig ausgeschlossen, ja die gesamte Politik des Staates richtete sich gegen sie. Jetzt sind die Verhältnisse derart geworden, daß man ohne sie nicht mehr vorwärts kommt. Etwas ganz ähnliches ist es, wenn heute ein Poincaré die Berechtigung der deutschen Sprache in den elsässischen Schulen öffentlich anerkennen muß. Gleiches könnte man noch von einer ganzen Anzahl anderer umstrittener Länder berichten. Je weiter die Entwicklung fortschreitet, desto mehr macht sich eben überall der Zwang der Tatsachen geltend.

Die Zukunft Europas wird nun davon abhängen, wie rasch es gelingen wird, diese immer klarer werdende Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Von Kongressen und Versammlungen, wie sie der Völkerbund veranstaltet, ist hier sehr wenig zu erwarten. Der einzig gangbare Weg ist die Einigung von Staat zu Staat, wenigstens so weit die Großmächte in Frage kommen. Die Möglichkeit einer solchen Einigung, aber auch die Schwierigkeit zeigen die gegen-

wärtigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich. Werden diese wohl bahnbrechend und wegweisend wirken können?

A r a u , 25. Oktober 1926.

H e k t o r A m m a n n .

Aus der Presse.

Vor einigen Wochen verlobte sich der belgische Kronprinz mit einer schwedischen Prinzessin. Das Ereignis kam ziemlich überraschend. Selbst die findigen Presseleute hatten kaum etwas davon geahnt. Jetzt mußten die belgischen Blätter ihre Leser natürlich schleunigst über alles unterrichten, was mit der zukünftigen Königin zusammenhängt. So erschienen denn in den großen Zeitungen Aufsätze über Schweden, die allerdings meist verrieten, daß man sich in Brüssel vorher für dieses Land nicht allzusehr interessiert hatte. Dieser Pflicht kam auch die „Nation Belge“ nach, das groß aufgezogene Organ der ganz französisch gesinnten Richtung in Belgien. In der Nummer vom 23. September berichtete es auf der ersten Seite ausführlich über die künftige Kronprinzessin und ihr Land. Über die Größe, die Einwohnerzahl, die Verfassung, die militärischen Einrichtungen wurde da Auskunft gegeben. Nur war dem betreffenden Redaktor in der Eile ein kleiner Irrtum unterlaufen. Er hatte beim Aufschlagen im Konversationslexikon die falsche Seite erwischt. So berichtete er denn eine Spalte lang über . . . Dänemark! Schweden erhielt plötzlich Grönland und die Färöer als Kolonien und dergleichen mehr.

Solche übrigens nicht allzu seltene Dinge sind bezeichnend für die Arbeitsweise dieser Presse, die man gewöhnlich unter dem Namen Boulevardpresse zusammenfaßt. Die „Nation Belge“ gleicht den Pariser Boulevardblättern in der Auswahl und Zusammenstellung des Stoffes, der Aufmachung mit schreienden Überschriften und schlechten Bildern, der Oberflächlichkeit der Arbeit und der rücksichtslosen und vor nichts zurückschreckenden Stimmungsmache wie ein faules Ei dem andern. In der Schweiz gibt sich z. B. die „Tribune de Genève“ die größte Mühe, diesem Vorbild nachzueifern. Man merkt überall den dauernden Wettlauf um die Gunst der Leser, wie er schon durch den fast ausschließlichen Straßenverkauf bedingt ist. Was bei der „Nation Belge“ jedoch interessant ist, das ist die ausgesprochene politische Note. Die Zeitung ist dazu bestimmt, den französischen Nationalismus in Belgien zu pflegen. Sie betreibt ungefähr dieselbe Politik wie in Frankreich das „Echo de Paris“ von Barrès, Castelnau, Millerand u. s. w. Eintreten für alles Französische, scharfe Bekämpfung alles Deutschen, für das die Bezeichnung „boche“ noch gang und gäbe ist, und weiter alles Flämischen ist also die Richtschnur. Bezeichnend ist weiter — wie im ganzen französischen Nationalismus — die eifrige Beschäftigung mit den vielen gegen die Deutschen notwendigen und brauchbaren Hilfsvölkern, den Polen, Tschechen, Südslawen, Dänen bis hinunter zu den Italienern, wenn diese nämlich gerade gegen die Deutschen gehen. Aus dieser Politik heraus ergibt sich eine Zusammensetzung des Mitarbeiterkreises für Fragen der großen Politik, der sich für alle Organe des französischen Nationalismus ziemlich deckt oder doch immer wieder überschneidet.

Ein Beispiel möge dies beweisen: Während der letzten Völkerbundsversammlung hatte die Berichterstattung aus Genf für die „Nation Belge“ Herr Maurice Muret von der „Gazette de Lausanne“ übernommen, der ja gleichzeitig auch für das „Journal des Débats“ in Paris schreibt. Es fiel Herrn Muret natürlich nicht schwer, sich der allgemeinen Linie des Blattes anzupassen. Im Gegenteil, er hat offenbar diese Gelegenheit gerne benützt, einiges zu sagen, das er in seinem eigenen Blatte so nahe bei Genf und in der schweizerischen Luft nicht so gut sagen konnte. Man überzeuge sich: Sein erster Aufsatz vom 6. September ging unter dem Titel: „Ein Bund für die Revision des Versailler Vertrags“ und kündigte dies als künftige Bestimmung des Völkerbundes bei Aufnahme Deutschlands an. Am 12. September erschien der Titel: „Hinter dem Triumphwagen Deutschlands“ und darunter wurde lange

das Lob eines in der „Tribune de Genève“ erschienenen Aufsatzes eines Serben gefungen, der Deutschland die volle Schuld am Kriege zusprach. Am 14. wurde unter dem Merkwort: „Die ersten deutschen Ansprüche“ das Verlangen nach Zulassung des Deutschen als Verhandlungssprache zurückgewiesen. Am 16. legte Muret eine Lanze ein zu Gunsten des dauernden polnischen Ratsitzes. Am 18. September denunzierte er die deutschen Kolonialwünsche als gegen Portugal gerichtet. Am 24. wurde Stresemann wegen seiner Rede in der deutschen Kolonie gerüffelt u. s. w. u. s. w. Man wird gestehen müssen, daß Herr Muret von der „Gazette de Lausanne“ seine Aufgabe richtig erfaßt und die Sache Frankreichs — seines Frankreichs nämlich — gut verteidigt hat.

Ähnliche Fäden wie hier zu unserm schweizerischen panfranzösischen Blatte laufen auch ins Elsaß zum „Journal de l'Est“, das ja ebenfalls ganz in diesem Sinne arbeitet. Dort sitzt übrigens ja auch ein Mann aus dem engern Kreis der „Gazette“ als Auslandsredaktor, der Waadtländer Schriftsteller Benjamin Ballotton. So besteht ein förmliches Netz von Verbindungen an der ganzen französischen Ostgrenze von Belgien bis hinunter zur Schweiz. Die Fäden zu der Zentrale in Paris fehlen natürlich auch nicht. Und ferner bestehen sie zu einer Menge kleinerer Blätter im ganzen Gebiet. Dazu gehört in Luxemburg die „Indépendance Luxembourgoise“, die der Volkswitz „Dépendance Française“ getauft hat. In der Schweiz laufen Verbindungen zu einer ganzen Anzahl welscher Zeitungen. Ein Mittelsmann ist z. B. da Herr Bovet-Grisel, der Schweizer Mitarbeiter des „Journal de l'Est“. Das Ganze ist ein recht kunstvoll aufgebautes Gebäude. Wer sich von seiner Wirkung überzeugen will, hat jederzeit im politischen Tageskampf die Gelegenheit dazu! X.

Bücher-Rundschau

Amerikanischer Imperialismus.

Im Laufe dieses Sommers erschien auf dem Büchermarkt ein überaus durchdachtes und von minutiöser Arbeit zeugendes Buch über die „Imperialistische Politik im Fernen Osten“. Der Verfasser, Nationalrat Reinhard, eröffnete darin, neben dem eigentlichen Hauptthema, bis anhin wenig bekannte Perspektiven in die Interessenverfälschung amerikanischer Trusts und ihrer Regierung. So vorbereitet und in gewissem Sinne alarmiert, nahm man sich vor, diesen scheinbar fernabliegenden Problemen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Diesen Bemühungen kommt nun ein neues, recht sonderbares Buch zu unerwarteter Hilfe. Als englische, d. h. als die für England bestimmte Ausgabe erschien da kürzlich „Die Diplomatie des Dollars“*) mit zwei Amerikanern als Verfasser.

Diese Studie verdient die Beachtung der Europäer, die im allgemeinen Amerika herzlich wenig kennen. Wie sie es selber bemerken, wollten die Verfasser durch die Abfassung dieses Buches bekannt machen, inwieweit die Vereinigten Staaten eine imperialistische Politik (sie sagen „imperial“) verfolgen, und die charakteristischen Hauptpunkte amerikanischer Außenpolitik angeben. Sie ruht auf dem Prinzip, daß „die Flagge den im Ausland angelegten Kapitalen folgt“. In dem Maße, wie die Vereinigten Staaten sich bereichern, vergrößern sie ihren Landbesitz, indem sie damit beginnen, Geld auszuführen, und ihre wirtschaftliche Betriebsamkeit wirkt dann auf ihre Politik zurück, eine Folge also, die früher oder später unvermeidlich war. „Die Veränderung der Außenpolitik durch die Anlagen im Ausland ist demnach nur eine Frage der Zeit“ (pag. 17).

*) Dollar Diplomacy: A Study in American Imperialisme. By Scott Nearing and Joseph Freeman. Allen and Unwin, London, 1926.